

Pressemitteilung zur Sitzung des Kreissenioresrates vom
10.11.17

von Herrn Peter Wolf

Der drohende Pflegenotstand ist derzeit das Thema, das landauf, landab diskutiert wird. Fieberhaft wird nach Lösungen gesucht, die eine Verbesserung der Situation in der Kranken- und Altenpflege versprechen. So stand die Pflege dann auch bei der Vorstands- und Ausschusssitzung des Kreissenioresrats Rottweil mit dem CDU-Landtagsabgeordnete Stefan Teufel im Mittelpunkt einer teilweise emotional geführten Diskussion.

„Für die Sozialpolitik braucht man einen langen Atem“, eröffnete Teufel sein Statement. Aus seiner Sicht wird die Digitalisierung auch im Gesundheitswesen rasant an Bedeutung gewinnen. Sorge bereitet ihm die große Fluktuation in den Pflegeberufen. Durchschnittlich beschränke sich die Tätigkeit im Pflegeberuf generell auf elf Jahre, speziell in der Altenpflege sogar auf nur noch gut drei Jahre. Mit Blick auf die medizinische Versorgung im ländlichen Raum warnte Teufel vor einer weiteren Absenkung der Verweildauer in den Krankenhäusern auf unter fünf bis sechs Tage sowie einem nochmaligen Bettenabbau. „Dagegen wehre ich mich.“

Nach Ansicht von Winfried Halusa, dem Vorsitzenden des Kreissenioresrats, kann es mit der Pflege, so wie es derzeit laufe, nicht mehr weitergehen: überlastetes Personal, extrem hohe Fluktuation, fehlende Wertschätzung, zu geringe Bezahlung, die wegen der Arbeitszeiten schwierige Vereinbarkeit von Beruf und Familie und ein leergefegter Arbeitsmarkt für Pflegepersonal. Halusa sah in der immer wieder.

Er regte an, ein spezielles Modell für die Rekrutierung von Pflegekräften im Ausland zu entwickeln. „Man könnte über bilaterale Abkommen mit bestimmten Ländern potenzielle Pflegekräfte anwerben, die mit finanzieller Unterstützung Deutschlands bereits in ihrem Land ein Jahr lang in Deutsch und Pflegegrundlagen unterrichtet werden. Ich glaube, dass wir über kurz oder lang nicht um ein solches Anwerbemodell herumkommen“, meinte Halusa und verwies auf die demografische Entwicklung: immer mehr ältere Menschen, aber immer weniger junge Menschen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. „Das geht schon mathematisch nicht.“

Dieter Gaus, Liga der Freien Wohlfahrtspflege, erinnerte daran, dass der Personalmangel für ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen im Kreis Rottweil zu einem Problem werden könnte, so dass sie niemanden mehr neu aufnehmen könnten. Auch ihm bereitete der kurze Verbleib im Pflegeberuf Kopfzerbrechen. Der erfahrene Ausbilder unterstrich, dass die Schüler immer mehr über den ausufernden Administrationsaufwand klagten, der ihnen die Freude am Pflegeberuf vergälte. Die Schüler gingen hochmotiviert in ihren Beruf. Nach einiger Zeit seien sie aber völlig desillusioniert. Auch Albert Röcker, Vertreter der Pflegeheime, beklagte die wachsende Bürokratie und den zunehmenden Kontrollwahn. Zudem kritisierte Röcker, dass Baden-Württemberg das einzige Bundesland sei, das bislang keinen gültigen Personalschlüssel für Pflegeheime zustande gebracht habe. Vehement wehrte sich Röcker gegen die Ansicht, die stationäre Pflege sei zu teuer. Matthias Kohlhase fragte sich, ob es für einfache Pfl egetätigkeiten immer gleich examinierte Kräfte sein müssten.

„Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die Pflege teurer wird“, betonte Teufel und verwies auf die neue Untergrenze im Personalschlüssel. Man werde nicht darum herumkommen, die Beiträge zur Pflegeversicherung zu erhöhen. Aus seiner Sicht müsse das Land überlegen, wieder in die Förderung der Pflegeheime einzusteigen. Keine Illusionen machte sich Teufel bezüglich einer Reduzierung der Bürokratie. Der Abgeordnete gab Halusa insofern recht, dass es geboten sei, dem Ärzte- und Pflegekräftemangel durch innovative Modelle entgegenzuwirken. In der Frage zur ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum verwies Teufel auf das

Landarztprogramm. Auch hoffe er, dass das von der CDU initiierte Stipendium Modell für junge Mediziner in den Haushaltsberatungen festgezurrert werde. „Angehende Mediziner erhalten ein Stipendium, wenn sie sich verpflichten, als Arzt mindestens 60 Monate lang in unterversorgten Gebieten tätig zu werden.“ Der Politiker ging davon aus, dass die Landarztpraxis bisheriger Prägung ein Auslaufmodell sei und durch medizinische Versorgungszentren abgelöst werde, in dem mehrere Ärzte tätig seien.

Zur Forderung des Landesseniorenrats, ein Anhörungsrecht für Seniorenräte in der Gemeindeordnung entsprechend des im Paragraphen 41 a geregelten Beteiligungsrechts Jugendlicher zu verankern, meinte Teufel, dass die Seniorenvertretungen sowieso bei Senioren-Angelegenheiten gehört würden. Dem widersprach Kohlhasse aber aus eigener Erfahrung mit dem Schramberger Gemeinderat. Als das Seniorenforum gegründet worden sei, sei in der Satzung die Verpflichtung des Gemeinderats, in allen Seniorenfragen das Seniorenforum anzuhören, aufgenommen worden. Die Praxis sehe völlig anders aus. Nicht ein einziges Mal sei das Seniorenforum zu einer Anhörung eingeladen worden.